

Zivilisation" überhaupt nicht diskutiert, vielmehr rundheraus unterstellt wurde, daß Analphabeten genetisch minderwertigere Menschen seien und daher weniger Recht auf Fortpflanzung haben dürften als z.B. Wissenschaftler, wird man den Eugenikern und Politikern, die sich in diesem Sinne äußerten, den Vorwurf machen dürfen, eine Art Rassenhygiene zu befürworten.

Die Annahme, daß sich Intellektuelle, denen schon ein Kind zuviel ist, durch Lockerung der Geburtenkontrolle dazu bewegen ließen, den nationalen Genpool gleich mit zweifachem Nachwuchs zu bereichern, erscheint im übrigen als wenig realistische Hoffnung. Als die *Zhongguo Qingnian Bao* ("Chinesische Jugendzeitung") zum 1. April ihre Leser mit der frei erfundenen Behauptung narrete, Inhaber des Dokortitels und andere Intellektuelle dürften fortan zur Belohnung ein zweites Kind bekommen, löste dies noch Empörung bei führenden Parteifunktionären aus, und die Zeitung wurde gezwungen, ihre Leser am nächsten Tag für ihre Scherze um Verzeihung zu bitten (DGB, 9.4.93, nach SWB, 17.4.93). Nur zwei Tage später kam dann die Meldung, wonach tatsächlich erwogen wird, Intellektuellen mehr Geburten einzuräumen - diesmal offenbar kein Aprilscherz. (*Zhongguo Tongxun She*, 11.4.93, nach SWB, 11.5.93) -hws-

reichen zu beschleunigen. Vor allem seien unnütze Parallelforschungen, die Hortung von Fachpersonal und die Mittelverschwendung zu beenden. Zu entwickeln seien demgegenüber die Märkte für Technologie, für Daten und für Fachpersonal. Das Fachpersonal sei vor allem materiell besserzustellen, Kernbereiche seien durch Sonderzuwendungen zu fördern. Besondere Leistungen müsse durch gut dotierte Preise ausgezeichnet werden; die Besoldung sei kräftig anzuheben. (GMRB und RMRB, 13. und 16.5.93)

Da schon seit längerem regelmäßig über Reformen bei wissenschaftlich-technischen Institutionen berichtet wird - vor allem in Hinblick auf wirtschaftliche Umsetzung der Forschungen sowie auf stärkere Erwirtschaftung von Eigenmitteln brachten die Reden Zhu Rongjis und Jiang Zemin soweit wenig Neues. Sehr deutlich wurde dagegen die Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge als dringendstes Forschungs- und Entwicklungsziel herausgestellt. Am ausführlichsten äußerte sich hierzu auf der Tagung das Staatsratsmitglied Song Jian. Angesichts des enormen Bevölkerungsdrucks und unvorhersehbarer Naturkatastrophen müsse das wissenschaftlich-technische Niveau der Landwirtschaft stark erhöht werden; dieses Ziel stehe in den 90er Jahren obenan. Alle Forschungs- und Entwicklungspläne hätten sich danach zu richten und vor allem die biotechnologische Forschung sowie Entwicklungen in der Nahrungsmittelverarbeitung voranzutreiben.

Erst an zweiter Stelle rangierten in den Reden Forschung und Entwicklung im Bereich der Hochtechnologie. Hier müsse China vor allem auf dem Weltmarkt seine Chancen nutzen. Während laut Song gegenwärtig nur 5% des chinesischen Exports auf hochwertige Waren entfielen, sei deren Anteil bis Ende der neunziger Jahre auf 10 bis 20% zu steigern. Der dritte Bereich, auf dem besondere Anstrengungen nötig seien, sei die Grundlagenforschung. (GMRB und RMRB, 15.5.93) Für die Grundlagenforschung wurde wenige Tage nach der Konferenz eine deutliche Mittelerhöhung bekanntgegeben (GMRB, 19.5.93).

Die Tatsache, daß nicht die prestigeträchtige Hochtechnologie, sondern die Landwirtschaft die Prioritätenliste

der staatlichen Forschungspolitik anführt, beweist, daß die Versorgungssicherheit bei den Nahrungsmitteln angesichts einer weiter steigenden Bevölkerung auch offiziell als kritisch angesehen wird. Die Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung sind auf dem gegenwärtigen technischen Niveau der Landwirtschaft ausgereizt; gleichzeitig wird immer mehr Ackerland für Wohnungsbau, Industrieansiedlung und Verkehrswege umgewidmet. Auch wenn das Land unter normalen Umständen alle Bürger ernähren kann, wächst längerfristig die Gefahr, daß großräumige Dürre- oder Überschwemmungskatastrophen mindestens regional zu Mangel führen. Hinzu kommt, daß die Investitionen in die Landwirtschaft in den letzten Jahren stark hinter die Investitionen in andere Bereiche zurückfielen mit der Folge, daß sich die Schere zwischen niedrigem ländlichem und höherem städtischem Einkommen weiter öffnete und das Unruhepotential auf dem Land stark wuchs. Die Entwicklung ertragreicherer Nutzpflanzen könnte hier ebenfalls neue Einkommenschancen eröffnen. Möglicherweise bildeten die Sorgen um die landwirtschaftliche Produktivität überhaupt den Hintergrund für die Einberufung der Tagung. Gleichzeitig unterstrich die Regierung mit der Tagung ihre Ambitionen, China noch in diesem Jahrzehnt auf wissenschaftlich-technischem Gebiet aus der Zweitklassigkeit herauszuführen. -hws-

\*(13)

#### Pressewesen: Parteikontrolle versus Marktwirtschaft und Pluralismus

Eine ganze Reihe von Berichten machten im Mai deutlich, daß der Partei die allseits propagierte marktwirtschaftliche Öffnung im Pressewesen entschieden zu weit geht. Da sich die meisten Buch-, Zeitschriften- und Zeitungsverlage aus den Verkaufserlösen finanzieren müssen, schlägt die Nachfrage des Publikums auf die Berichterstattung durch: Am meisten läßt sich mit "sex and crime" verdienen. Ebenfalls auf dem Vormarsch ist eine chinesische "grüne Presse" mit Klatschgeschichten über Prominente inklusive der Partei- und Staatsführung. Die Kontrollmechanismen, die die Linientreue im Pressewesen garantieren sollen, versagen vielfach, werden unterlaufen oder schlicht ignoriert. Selbst solche Verla-

---

## Kultur

---

\* (12)

#### Arbeitskonferenz für Wissenschaft und Technologie: Landwirtschaft an erster Stelle

Vom 12. bis 14. Mai fand in Peking eine vom Staatsrat einberufene nationale Arbeitskonferenz für Wissenschaft und Technologie statt. Dabei wiederholten Zhu Rongji und Jiangzemin als prominenteste Redner die bekannte These Deng Xiaopings, wonach Wissenschaft und Technik "die erste Produktivkraft" seien. Beide betonten die Dringlichkeit, auf diesen Feldern Fortschritte zu erzielen und für die Umsetzung der Forschungsergebnisse in wirtschaftliche Erfolge zu sorgen. Hierzu sei es nötig, die Strukturreform in diesen Be-

ge, die dem Staat oder der Partei unterstehen, erliegen den Verlockungen des Marktes und berichten ausführlich über "vulgäre Themen", während sie ihre Propagandapflichten vernachlässigen. Entsprechend fielen die Klagen aus, die auf einem Treffen zu hören waren, das die Propaganda-Abteilung der Partei und die Staatliche Presseverwaltung Anfang Mai einberief, um die "Stärkung der Kontrolle der Buch-, Zeitungs- und Zeitschriftenpresse" zu diskutieren. Die Propagandaabteilung forderte daher alle Behörden und Parteikomitees auf, die ihnen unterstehenden Presseorgane laufend durch hauptamtliche Kontrolleure überwachen zu lassen und die Chefredakteure für alle Veröffentlichungen verantwortlich zu machen, die als "politisch falsch, von vulgärem Geschmack oder obszön" anzusehen seien. (XNA, 4.5.93; Xinhua, chinesisch, 6.5.93)

Im gleichen Tenor äußerte sich ein Kommentar in der Zeitschrift *Xinwen Zhanxian* ("Nachrichtenfront"), über den die *Volkszeitung* berichtete (6.5.93; englisch: SWB, 20.5.93). Auch hier wurde als Reformziel im Pressewesen nicht etwa die Marktwirtschaft, sondern die verstärkte Führungsfunktion der Partei genannt. Bei zentralen innenpolitischen Fragen und wichtigen außenpolitischen Angelegenheiten sei "die Einheit mit dem Zentralkomitee" zu wahren, also dessen Sprachregelung zu übernehmen. Querschüsse und Pluralismus seien in solchen Dingen unzulässig. Journalisten und Redakteure dürften sich auch nicht durch Geldzuwendungen, Reklamekunden etc. zu anderem verleiten lassen, als "dem Volke und dem Sozialismus zu dienen", also den Vorgaben der Partei zu folgen.

Ein besonderes Problem, das bis weit in den Bereich der staatlichen Presse hineinreicht, ist der illegale Verkauf von Publikationsrechten sowohl in Gestalt von Lizenznummern für Buchpublikationen als auch in Form von redaktionellen Anteilen an Zeitungen und Zeitschriften. Hier kommt es zu einer Art Symbiose zwischen privaten Verlegern einerseits und staatlichen bzw. Parteiverlagen andererseits: Während jene durch den Verkauf von Trivalliteratur und anderer Massenware im Geld schwimmen, aber, da nicht registriert, keine Lizenzen direkt erwerben können, leiden die letzteren unter chronischen Absatzproblemen, da sie,

weil strenger kontrolliert, der sensationslüsternen Massenpresse nicht Paroli bieten können. Indem die staatlichen bzw. Parteiverlage nun ihre Lizenznummern - bei Büchern - bzw. ihren Titel - für Sondereditionen bei Zeitungen - an die Privatverleger veräußern, ist beiden Seiten geholfen, und die staatlichen bzw. Parteiverlage können indirekt - freilich illegal - von dem riesigen Markt für populäre Veröffentlichungen profitieren. (GMRB, 22.5.93)

Die staatliche Presseverwaltung erließ nunmehr ein neues "Rundschreiben über Zeitungen zur Beachtung des Zwecks von Zeitungsveröffentlichungen und zur strikten Beachtung der Publikationsverordnung". Demnach seien falsche Berichte, die Veröffentlichung von Staats- und Parteigeheimnissen, Pornographie und Berichten über das Privatleben Prominenter streng zu unterbinden. Unerwünscht sind reißerische Reportagen über Mordfälle. Streng verboten ist auch der Verkauf von Zeitungstiteln und von illegalen Zeitungen. Sonderausgaben dürfen nicht von anderen Redaktionen besorgt werden als die regulären Ausgaben. (*Zhongguo Xinwen She*, 14.5.93, nach SWB, 20.5.93)

Um die Ernsthaftigkeit des Rundschreibens zu unterstreichen, wurde einem staatlichen Blatt erstmals wegen derlei Geschäften die Konzession entzogen. Die Zeitung *Qingong Daobao*, die der Behörde für Leichtindustrie der Provinz Anhui untersteht, hatte im Januar seine Registrierkarte und seine Anzeigenkonzession für 10.000 Yuan weiterverkauft. Der Käufer, ein "Cultural Promotion Centre" in Wuhan, gab daraufhin eine *Gesellschafts- und Rechtssystem-Ausgabe der Qingong Daobao* heraus, die ausführlich über Kriminalfälle berichtete und so laut Presseverwaltung, einen "üblen Einfluß" auf die Gesellschaft ausübte. (Xinhua, chinesisch, 14.5.93, nach SWB, 20.5.93)

Freilich berichten heute selbst die zentralen Parteiblätter so ausführlich über Verbrechen und sonstige Verstöße gegen die öffentliche Ordnung, daß mancher zur Nachahmung ermuntert werden könnte. Die *Guangming-Zeitung* etwa erläuterte am 23.5. unter Angabe technischer Details, wie jemand von einem offenbar legal erworbenen mingzeitlichen Exemplar des verbote-

nen erotischen Romans *Jinpingmei* auf photomechanischem Wege einen Nachdruck angefertigt hatte. Konfisziert wurden in diesem Fall 10.296 Exemplare des klassischen Werks sowie weitere illegale Publikationen im Marktwert von 1,66 Mio. Yuan.

Daß es der staatlichen Presseverwaltung auf Dauer gelingen kann, "vulgäre" und andere "schädliche" Publikationen zu verhindern und die Marktwirtschaft aus dem Pressesektor fernzuhalten, erscheint ausgeschlossen. Man darf hier wohl eher von Rückzugsgefechten der Partei sprechen. Sinnigerweise berichtete die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua denn auch von einem Vorhaben, das den Buchmarkt der Kontrolle der Partei tendenziell noch weiter entziehen wird: Für den September ist in Shenzhen eine Literaturauktion geplant, bei der Manuskripte so bekannter Autoren wie Zhang Jie, Zhang Kangkang und Wang Meng an den meistbietenden Verlag versteigert werden sollen. (XNA, 25. 5.93) -hws-

\*(14)

#### Neuer Erlass zur stärkeren Kontrolle von Kulturveranstaltungen

Einer neuen Direktive des Kulturministeriums zufolge sind öffentliche Auführungen, Ausstellungen und Kunstwettbewerbe nur dann gestattet, wenn sich die Veranstalter zuvor bei der Zivilverwaltung haben registrieren lassen. Sofern die Veranstaltung von landesweiter Bedeutung ist, muß dafür zusätzlich eine Genehmigung vom Kulturministerium eingeholt werden, bei internationaler Beteiligung sind weitere vom Staatsrat erlassene Vorschriften zu beachten. Unter anderem bedürfen Einladungen an ausländische Künstler der vorherigen Genehmigung. Die Behörden auf Provinzebene sind bei gesamtationalen und internationalen Veranstaltungen zudem verpflichtet, die korrekte Durchführung zu überwachen und darauf zu achten, daß die Inhalte "gesund" sind. Da die staatlichen Direktiven in diesen wie in anderen Fällen auf lokaler Ebene offenbar nicht immer ernst genommen werden, findet sich als weitere Bestimmung, daß lokale Kulturbehörden und Einheiten aus dem Kulturbereich bei ungenehmigten Veranstaltungen weder als Mitveranstalter auftreten noch sie anderweitig unterstützen dürfen. (RMRB, GMRB und SCMP, 21.5.93)

Ohne Beispiele zu nennen, beklagt der Bericht, daß es in der Vergangenheit zu viele Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung gegeben habe, bei denen es nur um Erwirtschaftung eines Profits ging und das Publikum betrogen wurde. Wie auch bei der Presse zeigt sich hier die Angst vor geistigen Strömungen, die das Meinungsmonopol der Partei gefährden könnten, wobei die Skepsis gegenüber allem Ausländischen besonders hervortritt. Von dem neuen Kulturminister Liu Zhongde war an sich eine etwas liberalere Haltung erwartet worden, doch scheint er zumindest in der Kulturadministration die gleiche Linie wie sein äußerst konservativer Vorgänger He Jingzhi zu verfolgen. -hws-

\*(15)

#### Untersuchungen über Schulschwänzer und Schulgebühren-Wildwuchs

In jüngster Zeit verstärkt sich an vielen Orten die Tendenz, daß Schüler der Mittelschul-Unterstufe, die der 9jährigen Schulpflicht unterliegen, dem Unterricht fernbleiben. Dies gab der Vorsitzende der Staatlichen Erziehungskommission, Zhu Kaixuan, in einem Artikel für die *Guangming-Zeitung* bekannt (22.5.93). Zuvor war im selben Blatt eine Untersuchung aus der Stadt Suqian (samt agrarischem Umland) in Nord-Jiangsu veröffentlicht worden, wo die Rate der Schulschwänzer von zuvor 3% im Frühling plötzlich auf 7,9% hochgeschwungen war und intensiv nach den Gründen geforscht wurde (12.5.93).

Die Untersuchung ergab, daß doppelt so viele Jungen wie Mädchen die Schule schwänzten. Im wesentlichen wurden vier Gründe für das Fernbleiben vom Unterricht zutage gefördert. Zum einen herrschte bei vielen Eltern die Ansicht, es sei ihre freie Entscheidung, ob sie ihre Kinder zur Schule schicken oder diese statt dessen mit häuslichen Arbeiten betrauten. Sogar Schulleiter legten eine Haltung an den Tag, die besagte: "Wenn der Schüler gehen will, dann soll er doch." Neben diesem mangelnden Unrechtsbewußtsein bei Verstößen gegen das Schulpflichtgesetz wurden als Zweites materielle Gründe festgestellt. So befanden sich viele Familien, deren Kinder die Schule schwänzten, in wirtschaftlicher Not, seit die letzte Ernte schlecht ausgefallen war und sie für ihre Produkte

obendrein einen Preisverfall hatten hinnehmen müssen. Die Kostenbelastung durch den Schulbesuch ihrer Kinder war für sie nicht mehr tragbar - dies war wohl der Hauptgrund für die plötzliche Zunahme der Schulschwänzer. Andererseits mußten die Kinder dazuverdienen. 9,2% aller Schulschwänzer hatten, um arbeiten zu gehen, sogar ihren Heimatort verlassen.

Ein dritter Grund war die Einstellung der Eltern, wonach Lernen sich nicht lohne und man ein gutes Einkommen auch ohne große Bildung erzielen könne. Zudem seien beim Besuch von Fachschulen und Hochschulen für die Zukunft hohe Studiengebühren zu erwarten. Als Viertes wurden jedoch auch Versäumnisse in den Schulen ausgemacht. Dort scheint es vielfach eine Prestigesache zu sein, möglichst viele Schüler auf höheren Schulen unterzubringen, so daß sich schwächere Schüler vom Unterricht einfach überfordert fühlen und im Schulbesuch keinen Sinn mehr sehen. (GMRB, 12.5.93)

Zhu Kaixuan forderte in seinem Zeitungsbeitrag dazu auf, folgende vier Punkte zu beachten, um die Zahl der Schulschwänzer zu drücken:

1. Beachtung des Schulpflichtgesetzes und der diesbezüglichen Verordnungen sowie des Verbots der Kinderarbeit und des Arbeitsvermittlungsverbots für Kinder unter 16 Jahren. Verstöße seien gerichtlich zu ahnden.
2. Ein strenges Verbot der Erhebung willkürlicher und hoher Schulgebühren. Arme Familien seien von der Gebühren ganz oder teilweise zu befreien. Das Abwälzen staatlicher Gebührenerhebung auf die Schulen sei überhaupt unzulässig.
3. Verbesserung des Unterrichts, der den wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstand des Ortes in Betracht ziehen müsse. Schüler mit Lernschwierigkeiten seien besonders zu fördern.
4. Verstärkung der Erziehungspropaganda. Allen müsse klar sein, daß nur durch Absolvierung der neunjährigen Schulpflicht das Bildungsniveau erreichbar sei, das die Zukunft erfordere.

Zur bereits seit längerem beklagten Belastung der Mittelschüler mit allerlei Gebühren (vgl. C.a., Feb. 93, Ü 16) gab

ein Bericht der *Guangming-Zeitung* näheren Aufschluß (24.5.93). Vielerorts würden die Schüler derart als Dukatenesel mißbraucht, daß der Erziehungszweck gefährdet sei. In einem speziell untersuchten Kreis in Hunan seien auf diese Weise im vergangenen Jahr 7,5 Mio. Yuan an zusätzlichen Abgaben erhoben worden, von denen nur 5,2% von den Schulen für eigene Zwecke eingefordert worden seien - das meiste, nämlich 73,2%, wurde vielmehr im Auftrag des Kreises und der Landgemeinden eingezogen, weitere 21,6% flossen in andere Kassen. Insgesamt mußten die Schüler in Hunan letztes Jahr 42 verschiedene Abgaben entrichten, die mit der Schule nichts zu tun hatten. Nutznießer waren außer den vorgesetzten Kreis- und Gemeindebehörden auch Versicherungen, Schulbuchverlage, Sport- und Hygieneämter sowie der Frauenbund und die Jugendliga. Ein Teil der Abgaben floß in Prestigeprojekte. Die direkte Folge war eine Zunahme der Schulschwänzer. Außerdem führten die Haushalte mit schulpflichtigen Kindern in der Folge vielfach gerade jene Gebühren nicht ab, die den Schulen eigentlich zustehen, so daß die entsprechenden Einnahmen in Hunan 1992 um 30% unter dem Soll lagen und die ohnehin knappe Mittelausstattung des Erziehungssektors weiter verkürzt wurde. -hws-

\*(16)

#### Rascher Sprachwandel

Auf einer Fachtagung zum *Xiandai Hanyu Cidian*, dem chinesischen Duden, wurde in Ningbo auf den raschen Wandel der chinesischen Sprache hingewiesen. Die Veränderungen betreffen besonders das Vokabular und sind sowohl im gesprochenen als auch im geschriebenen Chinesisch festzustellen.

Die meisten Neuerungen gehören einer der drei folgenden Gruppen an. Es sind

- Neologismen aus Politik, Wirtschaft und Technik (z.B. "Marktwirtschaft", "Kreditkarte");
- Dialektwörter, die in den hochsprachlichen Gebrauch übergehen (führend sind hier die Pekinger Mundart als Hauptstadtsprache und das durch Hongkong geprägte Kantonesische) sowie
- Fachbegriffe, die in die Gemeinsprache übergehen und dabei eine Bedeutungserweiterung erfahren.

Gleichzeitig veralten zwar auch viele Begriffe und geraten außer Gebrauch, doch scheinen die Entwicklungen auf der Tagung insgesamt positiv im Sinne einer Bereicherung des Chinesischen gewertet worden zu sein. (GMRB, 6.5.93) -hws-

\*(17)

### "Goldene Palme" für "Auf Wiedersehen, meine Konkubine"

Die Serie aufsehenerregender internationaler Erfolge für die chinesische Filmkunst setzt sich fort: Erstmals ging die "Goldene Palme" der Filmfestspiele von Cannes an das Werk eines chinesischen Regisseurs (gemeinsam mit einem Film aus Neuseeland). Geehrt wurde "Adieu, meine Konkubine", ein dreistündiges Leinwandepos des in New York lebende Chen Kaige, der neben Zhang Yimou als prominentester Vertreter der "5. Generation" der chinesischen Filmregisseure gilt und international erstmals mit dem Film "Gelbe Erde" bekannt wurde. Sein in Cannes präsentiertes Werk gewann zudem den Preis der internationalen Filmkritik (SZ, 26.5. 93). Die internationale Presse äußerte sich teilweise geradezu enthusiastisch: "Ex oriente lux", und "Der asiatische Film rettet das Festival von Cannes" schrieb die FAZ (21.5. 93), "Panorama of Gripping Grandeur" titelte die IHT (23.5.93).

Der Film wurde finanziert aus Hongkonger Quellen, von einem Taiwanesen produziert und in Peking gedreht. Er verfolgt über den Zeitraum von 1924 bis 1977 die Liebesbeziehung zwischen zwei Pekingopersängern und einer Prostituierten und spiegelt darin ein halbes Jahrhundert chinesischer Geschichte wider. Vermutlich zum ersten Mal im chinesischen Filmschaffen wird in Chens Opus auch Homosexualität thematisiert. Der Titel leitet sich von einer Pekingoper her, in der der eine Sänger einen König, der andere eine Konkubine spielt. (SZ, 23.5. und 26.5.93; NZZ, 27.5.93; *Le Monde*, 20.5., 21.5., 26.5. und 28.5.93; SCMP, 12. und 26.5.93; XNA, 24.5.93) -hws-

\*(18)

### Kunsträuberei in Gansu wird zum Volkssport

Den seit Jahren anhaltenden Bemühungen der Behörden, Grabräuberei und den Schmuggel von Antiquitäten

zu unterbinden, ist offenbar kein anhaltender Erfolg beschieden. In manchen Gegenden von Gansu scheinen die Plünderungen archäologischer Stätten, Kunstdiebstähle und Grabräuberei sogar weitgehend außer Kontrolle geraten zu sein. In letzter Zeit wurden an die hundert Gräber aufgebrochen und nahe 20.000 Quadratmeter historischer Stätten nach Altertümern durchwühlt. Ebenfalls beraubt wurden buddhistische Grottentempel von nationaler Bedeutung; so verschwanden aus den Grottenanlagen Nan Shiku Si und Majjishan 12 spätqingzeitliche Figurenköpfe und eine etwa 1500 Jahre alte Figur der Nördlichen Wei-Dynastie. Die geraubten Güter werden sodann über einen florierenden Schwarzmarkt verschoben. (GMRB, 19.5.93)

Ein Grund für die Mißstände sei die Unachtsamkeit des Denkmalschutzpersonals. So sei am Nan Shiku Si nur einer von drei Wachmännern zum Dienst erschienen und der habe fest geschlafen, während die Diebe nacheinander drei Schlösser aufbrachen. Die Majjishan-Grotten würden von 50 Personen betreut, darunter 10 Wachleute, doch keiner habe auch nur darüber Auskunft geben können, wann der Diebstahl erfolgt sei, und das, obwohl nur ein einziger Weg zu den Grotten führt. In zwei Orten seien Museen beraubt worden, ebenfalls während der Dienstzeit des Wachpersonals. Ein zweiter Grund seien die Antiquitätenschmuggler, deren Nachfrage einen großen Anreiz für Kunstdiebstähle bildeten. Als beispielsweise ein Schmuggler ein Jadedrachenpaar für 20.000 Yuan angekauft hatte, sei das Öffnen von Gräbern unter den Bauern der Gegend zum Volkssport geworden. An einem anderen Ort sei nach dem Ankauf von vier Keramikgefäßen, für die 18.000 Yuan gezahlt wurden, eine prähistorische Stätte von annähernd 2 ha Größe von Schatzsuchern verwüstet worden. Drittens schließlich ließen die Behörden den nötigen Eifer bei der Untersuchung und Verfolgung dieser Straftaten vermissen, so daß die Räuber immer dreister würden. (Ebenda)

Während Ende 1991 noch eine Reihe relativ konkreter Maßnahmen zur Bekämpfung der Grabräuberei beschlossen worden war (vgl. C.a., Nov. 1993, Ü 19), klingen die neuerlichen Meldungen in der *Guangming Daily* über energisches Vorgehen mehr wie das

Pfeifen im dunklen Wald (19.5.93). Besonders die "Mithilfe der Massen", auf die einst optimistisch gesetzt wurde, dürfte wenig helfen, wenn ebendie Massen selbst von der Schatzsuche profitieren. Solange die Bauern für Prestigeobjekte der Gemeinde- und Kreisverwaltungen zur Kasse gebeten werden, eine Flut zusätzlicher Abgaben zu entrichten haben, im Gegenzug für ihre Getreideverkäufe vom Staat Schuldscheine statt Bargeld erhalten und erleben müssen, daß die Landwirtschaft Stiefkind bei Investitionen bleibt, werden sie kaum darauf verzichten wollen, sich als "Hobby-Archäologen" ein Zusatzeinkommen zu verschaffen. Auch wenn der Bericht keinen direkten Hinweis darauf gibt, ist doch zu vermuten, daß auch ein Teil des Denkmalschutzpersonals mit den Kunstdieben unter einer Decke steckt. Schließlich kennen sie den Wert der von ihnen "bewachten" Objekte und werden, schlecht bezahlt wie sie sind, ein schönes Handgeld für einmal Weggucken nicht verschmähen. -hws-

\*(19)

### Gesundheitspolitik zwischen Aids-Aufklärung und Homosexuellenfurcht

Nachdem Aids auch China erreicht hat und sich Epidemiologen Gedanken über die Eindämmung der Seuche machen müssen, ließ sich die Tabuisierung von männlicher Homosexualität nicht mehr aufrecht erhalten. Gesundheitsexperten erkannten, daß die Risikogruppe der Homosexuellen, auf die etwa ein Drittel der in China registrierten Aidsinfektionen entfällt, durch Aufklärungsaktionen nur erreichbar sein würde, wenn ihre sexuelle Orientierung nicht mehr wie bisher teils ignoriert, teils als Krankheit oder als Vergehen gegen die öffentliche Ordnung bekämpft würde. Führend bei dieser Neubewertung von Homosexualität waren Experten für Präventivmedizin am Chinesischen Institut für Gesundheitserziehung in Peking, die mit dem Ziel der Aids-Aufklärung unter Pekings Homosexuellen am 22. November 1992 als ersten praktischen Schritt einen einschlägigen "Salon" namens "Welt des Mannes" gründeten. Mit einiger Verspätung, jedoch sehr sachlich und ohne moralisierenden Unterton, berichtete über dieses Ereignis und die Neubewertung der gleichgeschlechtlichen Liebe durch führende Experten sogar die *Beijing Rundschau*, die, wie die anderen offi-

ziellen zur Auslandsinformation gedachten chinesischen Publikationen auch, stets peinlich die offizielle Linie wahrte (BR, 30.3.93). Der "Salon" organisierte nach der Eröffnungsveranstaltung noch vier weitere Veranstaltungen, darunter ein wissenschaftliches Symposium im März.

Mitte Mai hat das Gesundheitsministerium als vorgesetzte Behörde den "Salon" nun wieder schließen lassen mit der Begründung, dort seien "falsche Ideen" verbreitet und Homosexualität nicht etwa bekämpft, sondern befürwortet worden. Dies stehe im Widerspruch zu den Zielen der Gesundheits-erziehung. Mit anderen Worten: Das Ministerium wöhnt, Aids durch Unterbindung von Homosexualität eindämmen zu können.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man hinter diesem Hin und Her Auseinandersetzungen zwischen konservativen Ordnungspolitikern und aufgeklärten Gesundheitspolitikern innerhalb des Ministeriums vermutet. Als Auslöser mag die letzte Veranstaltung des "Salons" gedient haben, bei der es Anfang April zu Auseinandersetzungen unter Homosexuellen sowie zwischen diesen und einigen Reportern kam, so daß sich diejenigen Kräfte bestätigt fühlen mußten, denen Homosexualität per se als Gefährdung der öffentlichen Ordnung gilt. Eine telefonische "Hot Line" zur Aids-Aufklärung besteht jedoch weiter. (Ming Pao, 19.5.93, nach SWB, 26.5.93)

Derzeit leben 700 von landesweit 938 Aids-Infizierten in Yunnan. Seit Anfang des Jahres existiert auch in dieser südwestchinesischen Provinz ein Aids-Telefon, das bis Ende April 142 mal angerufen wurde. 70% der Ratsuchenden waren Verheiratete mit außerehelichen Sexpartnern. Als homosexuell gaben sich 15,2 Prozent der Anrufer aus. (Zhongguo Xinwen She, 1.5.93, nach SWB, 4.5.93) -hws-

\*(20)

#### Shanghai veranstaltet Ostasienspiele

Vom 9. bis 18. Mai fanden in Shanghai zum ersten Mal "Ostasienspiele" statt. Es handelte sich dabei nach den 1990 in Peking veranstalteten 11. Asienspielen um die zweitgrößte internationale Sportveranstaltung, die je von China ausgerichtet wurde. Erschienen waren

Teilnehmer aus China, Japan, der Mongolei, Nord- und Südkorea, Taiwan, Hongkong, Macao und Guam. (XNA, 7.5.93; GMRB, 10.5.93)

Erwartungsgemäß heimsten die Gastgeber die meisten Medaillen ein, allerdings war die Vorherrschaft der Festlandschinesen mit 105 mal Gold, 74 mal Silber und 34 mal Bronze nahezu erdrückend. Am zweitbesten schnitt Japan mit 25 Gold-, 37 Silber- und 55 Bronzemedailles ab, es folgten Süd- und Nordkorea sowie Taiwan. (FCJ, 21.5.93)

China unterstrich mit den Ostasienspielen seine Bewerbung um die Olympischen Spiele im Jahr 2000. Auch Parteichef Jiang Zemin hob dies bei der Eröffnungsansprache hervor (GMRB, 9.5.93). Zudem war der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Antonio Samaranch, in Begleitung weiterer Komiteemitglieder zur Eröffnungsfeier erschienen. Auf einer Pressekonferenz sah er Vorteile Pekings hinsichtlich der organisatorischen Stärke, im Entwicklungsniveau des Sports in China sowie hinsichtlich der Sportstätten (RMRB, 11.5.93). In Peking betonte er erneut die guten Chancen der Stadt, für das Jahr 2000 den Zuschlag zu erhalten. (XNA 12.5.93, nach SWB, 17.5.93) -hws-

---

## Aussenwirtschaft

---

\*(21)

#### "Handelsbilanzdefizit nur temporär"

In den ersten vier Monaten d.J. weist die Außenhandelsbilanz Chinas einen negativen Saldo von 1,7 Mrd. US\$ auf (1. Quartal 1,17 Mrd. US\$). Als Grund für diese Entwicklung wird der vergleichsweise langsame Exportanstieg von 7,7% angesehen. Die meisten staatlichen Außenhandelsgesellschaften verzeichneten bis April d.J. einen Exportrückgang, während die sino-australischen Joint Ventures eine Zunahme von 60% realisierten; der Grenzhandel stieg mit einer Wachstumsrate von 110%. Die gesamten Importe erhöhten sich bis April d.J. um 24,7%.

Trotz des Einbruchs im Außenhandel bis April, geht Pang Rongqian, stellvertretender Direktor des International Research Institute beim Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit (MOFTEC) nicht von einer Fortsetzung dieses Trends bis Ende d.J. aus. Nach Einschätzung von Pang wird ein Ausgleich der Handelsbilanz oder sogar ein leichter Exportüberschuß erreicht werden können. An Importrestriktionen sei nach Angaben von Pang nicht gedacht, vielmehr solle der Export von Gütern mit hoher Wertschöpfung wie Maschinen und Elektronikprodukte durch bessere Bedingungen bei Steuer- und Finanzierungsmodalitäten erhöht werden. Außerdem werde auf eine Erholung der Weltwirtschaft gesetzt. (XNA, 31.5.93) -schü-

\*(22)

#### Aufhebung der Preisobergrenze auf Devisen-Swapmärkten führt zu weiterem Wertverlust der chinesischen Währung

Zum 1. Juni wurde der Wechselkurs der chinesischen Währung auf den Devisen-Swapmärkten wieder freigegeben. Daraufhin sank der Wert des Renminbi (RMB) zum Dollar auf 1 US\$ = 9,99 RMB auf dem Beijinger Swapmarkt (2.6.93) und auf 1 US\$ = 10,231 RMB auf dem Shanghaier Swapmarkt (3.6.93). Mitte Februar 1993 war administrativ eine Preisobergrenze für den Wechselkurs von ca. 8 RMB zum US\$ festgelegt worden. Nach Aufhebung der Beschränkungen auf dem Swapmarkt hat damit die chinesische Währung einen Wertverlust von rd. 25% hinnehmen müssen. (NfA, 4.6.93; SZ, 5.6.93)

Mit dieser Entscheidung der Staatlichen Verwaltung für Devisenkontrolle wurde dem sich stark ausgebreiteten Schwarzmarkt die Grundlage entzogen, da der Umtauschkurs beispielsweise auf dem Schwarzmarkt in Beijing ebenfalls 1 US\$ = 10,3 Renminbi (3.6.93) beträgt. (IHT, 4.6.93)

Aufgrund des niedrigeren Wechselkurses auf den Swapmärkten und mengenmäßigen Beschränkungen beim Umtausch, waren viele Unternehmen gezwungen gewesen, sich dem Schwarzmarkt zuzuwenden. Von den Restriktionen auf den Swapmärkten waren vor allem ausländische und Joint